

Stellung des Aktionskreis Halle (AKH)

Der Aktionskreis Halle (AKH) beteiligt sich seit fast 50 Jahren an der Diskussion von gesellschafts- und kirchenkritischen Themen, zunächst unter DDR-Bedingungen.

Die Einladung zur Beteiligung an der Debatte entspricht unseren Anliegen. Gern schließen wir uns der Grundaussage vieler Stellungnahmen, ausdrücklich den Beiträgen unserer Glaubensgeschwister an.

Was vom Katholischen Büro hinsichtlich der Einheit von ökologisch und sozial gesagt wird, sollte unbedingt in der Nachhaltigkeitsstrategie beachtet werden. Es entspricht ja auch den formulierten Einsichten der Nachkriegszeit in fast allen politischen Lagern, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik immer zusammen gehören müssen, heute eben ergänzt und zusammengefasst in der Nachhaltigkeitsfrage.

Entsprechend ihrem Auftrag ist die Ergänzung von Kommission Justitia et Pax hinsichtlich der Friedensfrage als der grundsätzlichen Option in allem politischen Handeln mehr in die Strategiedebatte einzubeziehen.

Gerade auch nach der Erfahrung mit zwei gegensätzlichen politischen Systemen, haben wir uns schon in den 90iger Jahren mit den Wurzeln der Einseitigkeit der beiden Systeme befasst, die einem nachhaltigen Handeln im Wege stehen: Der Mensch ist nicht nur Altruist und nicht dahin erziehbar, schon gar nicht zwangsweise. Ein solches Konzept führt unter anderem zur Unterversorgung. Der Mensch ist aber auch nicht nur Egoist, wie es der Kapitalismus postuliert - was u.a. zur Überproduktivität führt und der Nachhaltigkeit ebenso offenkundig abträglich ist.

Die Eckdaten des wirtschaftlichen Systems müssen nach unserer Überzeugung beiden Seiten der menschlichen Anlage gerecht werden. Was typisch gesellschaftlicher Natur ist: Geld und Grund und Boden müssen in gesellschaftlicher Hand bleiben, was des produktiven Wettbewerbs bedarf, die Produktionsmittel, gehört in den verschiedensten Eigentumsformen in private Hand. Nur wenn die wirtschaftliche Macht auf diese Weise gespalten wird, kann sie nicht zur Übermacht werden, die zu allen bekannten Zwangsläufigkeiten führt, die eine Nachhaltigkeit nahezu unmöglich machen.

Wie der gesellschaftliche Verwaltung des Geldes als Verkehrsmittel gestaltet und der gesellschaftliche Besitz von Grund und Boden verwaltet wird, bedarf vieler Überlegungen. Und es gibt schon viele Vorschläge aus vielen Gruppierungen, die von der Übermacht einer ungespaltenen Wirtschaftsmacht natürlich leicht abgetan werden können.

Wir sind uns als AKH immer bewußt, dass solche Überlegungen auf demokratischem Weg nur ganz langsam Eingang in politische Optionen finden können. Wir sind aber der Meinung, dass solche Perspektiven in eine Nachhaltigkeitsstrategie als Horizont hineingehören, wenn sie ihrem großen, mit Bangigkeit begleitetem Anliegen gerecht werden soll.